

## Geteilte Pflichten – Geteilte Rechte?

### *Warum die Umsetzung von Nachhaltigkeit allen voran eine staatliche Aufgabe ist*

*Marie-Luise Abshagen*

Im September 2015 wurde auf einem Gipfel der Vereinten Nationen (UN) die 2030-Agenda von allen UN-Mitgliedsstaaten verabschiedet. Die 2030-Agenda umfasst unter anderem die sog. Sustainable Development Goals (SDGs, dt.: Ziele für eine nachhaltige Entwicklung). Die SDGs formulieren Maßnahmen und Ziele zu Themen wie Armut, Geschlechtergerechtigkeit, nachhaltigem Wirtschaften und zur Eindämmung des Klimawandels. Das Novum an den SDGs ist der innen zugrundeliegende Paradigmenwechsel. Alle Länder sollen die Ziele umsetzen und sich somit gemeinsam für eine nachhaltige Zukunft einsetzen.

2019 wird ein wichtiges Jahr für die SDGs. Seit der Verabschiedung sind vier Jahre vergangen, im September wird es aus diesem Anlass einen großen UN-Gipfel geben. Dort werden Staatschefs aus aller Welt zusammenkommen, um über den Fortschritt der SDG-Umsetzung zu sprechen. Erwartungsgemäß wird dort wohl vor allem ein gemeinsames Bekenntnis zu den Zielen fallen, verbunden mit dem Vorstellen politischer Maßnahmen, die zu deren Verwirklichung beigetragen haben oder dies in der Zukunft tun sollen. Wirklich kritisch auf die Lage der Welt wird hier kaum jemand schauen, und auch nicht darauf, ob die vermeidlichen Nachhaltigkeitsmaßnahmen tatsächlich zur SDG-Umsetzung beitragen, oder ob Investitionen und Regierungsprogramme einfach einen »SDG-Anstrich« bekommen haben.

### **Ziele von UN und Regierungen: Alle Menschen sollen die SDGs kennen**

Der Gipfel hat auch zum Ziel, eine große Medienöffentlichkeit für die SDGs zu schaffen. Neben der tatsächlich relevanten Bekräftigung der Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit von Staaten, wird vermutlich eine Message im Vordergrund stehen: Die SDGs für alle Menschen bekannter zu machen.

Auf den ersten Blick erscheint diese von Regierungsvertretern und UN-Organisationen (1) oft wiederholte Aufforderung durchaus legitim und wichtig. Die SDGs sind für alle Menschen – nur gemeinsam können wir sie erreichen. Nimmt man die SDGs ernst, dann können sie für die Menschheit eine zentrale Richtschnur sein, wie wir leben, wirtschaften und haushalten müssen, um in einer gerechten und umweltfreundlichen Welt zu leben. Denn dieser 169 Ziele starke Maßnahmenkatalog umfasst fast alle Bereiche des menschlichen Miteinanders: Wege hin zu einem Leben ohne Hunger und Armut, mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, umweltfreundlichen Produktionsweisen, Schutz der Natur, Aufbau von gerechten Institutionen und friedlichen Gesellschaften, Gerechtigkeit zwischen Geschlechtern, Einhaltung der planetaren Grenzen.

Zurecht können jene Staatenvertreter/innen, die in nächtelangen Verhandlungen die Ziele erarbeitet haben, stolz darauf sein, diese Handlungsanleitungen für die Welt erarbeitet zu haben. Und viele zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich ebenfalls maßgeblich an der Formulierung der Ziele beteiligt haben, stehen trotz einiger problematischer Stellen in den Zielen (z.B. Wirtschaftswachstum für Industriestaaten) weiterhin hinter dem Katalog. Denn sie wissen: sollte das alles umgesetzt werden, lässt sich viel erreichen.

## Wirklich umgesetzt hat die SDGs noch keiner

Doch genau da – bei der Umsetzung – hakt es. Denn die Weltgemeinschaft stockt fast überall in der tatsächlichen Verwirklichung dessen, was konkret in den Zielen steht. Zwar wurden in den letzten Jahren überall Nachhaltigkeitsstrategien erarbeitet, Dialogrunden geschaffen und Partnerschaften aufgebaut, wirkliche Auswirkungen auf konkrete Politikfelder blieben aber weitestgehend aus. Und dass gilt besonders auch für jene Länder, denen international der Ruf eines Nachhaltigkeitschampions vorausseilt, allen voran Deutschland.

Auch in Deutschland steht in der SDG-Arbeit der Bundesregierung die Kommunikation der Ziele in und für die Bevölkerung an zentraler Stelle. Dazu passt, dass eine der häufig wiederholten Aussagen staatlicher Akteure lautet, wir alle seien für die Umsetzung der SDG verantwortlich. Es sei deswegen beunruhigend, dass eine Umfrage des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEVal), ein vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mandatiertes Institut zur Analyse und Bewertung von Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, ergebe, dass lediglich 23% der Bundesbürger/innen die SDG kennen würden (2).

Erst im letzten Dezember hat die Bundesregierung deswegen durch das Bundespresseamt eine Kampagne erstellen lassen, die sich unter dem Titel »Gemeinsam den Wandel gestalten« an junge Menschen richten soll, um ihnen die SDGs näher zu bringen. Mit den »Glorreichen 17« (3) wurden die 17 SDG-Symbole mit farbigen Comicfiguren versehen. Ein totaler Reinfluss, finden viele. Denn jenseits der Bilder bleibt der hinterlegte Text für Laien unverständliche Fachsprache. Teuer soll diese Kampagne gewesen sein; wie viel genau investiert wurde, ist nicht öffentlich. Sicher ist, dass die Kampagne alles ist, außer einer sinnvollen Einbindung von jungen Menschen in die Umsetzung von Nachhaltigkeit. Abgesehen davon, dass die meisten von der Kampagne wahrscheinlich noch nie gehört haben.

## Ist es wirklich wichtig, dass alle Menschen wissen, was die SDGs sind?

Auch unabhängig von solch schlecht ausgeführten und zweckverfehlenden Kampagnen wie dieser stellt sich die Frage: Wie wichtig ist es, dass Menschen die SDGs kennen? Und führt das wirklich zu mehr Nachhaltigkeit?

Wenn man einmal den weit verbreiteten Zynismus in der politischen Arbeit von Ministerien und Verbänden beiseitelegt, erkennt man etwas unglaublich Bemerkenswertes: Allein in den letzten 24 Monaten gab es zahlreiche große Aktionen, die den Protest von Menschen auf die Straße, in die Medien, ins Internet und in den privaten Austausch gebracht haben. Zu nennen sind die bundesweiten Gegenreaktionen auf rassistische Ausschreitungen in Chemnitz und anderen Städten, die Riesendemo #Unteilbar in Berlin, der Protest im Hamba-

cher Forst, die neunte »Wir haben es satt«-Demo, die andauernden Schüler/innen-Streiks jeden Freitag – mittlerweile auf der ganzen Welt.

Und es ist nicht nur die Straße, die zunehmend Mobilisation erfährt. Innerhalb weniger Monate erhielt die an Umweltministerin Svenja Schulze und Wirtschaftsminister Peter Altmaier gerichtete Petition »Recht auf Reparatur!« 112.000 Unterschriften und bewirkte, dass eine entsprechende Gesetzesänderung Hersteller von Elektrogeräten ab März 2021 verpflichtet, Ersatzteile und Reparaturinformationen für Kühlschränke, Waschmaschinen, Spülmaschinen und Leuchtmittel bereitzustellen (4). 150.000 Menschen in Deutschland haben bereits eine noch laufende Petition für ein Tempolimit unterzeichnet (5). 1.065.500 Menschen weltweit unterstützen auf der Kampagnenplattform Avaaz deren Strafanzeige gegen die Abholzung des Regenwaldes in Kolumbien (6). Selbst vermeintlich komplizierte Themen wie Steuervermeidungstricks im Rahmen des Cum/Ex-Skandals (128.380 Unterzeichner/innen) (7) und die europaweite Kampagne gegen Sonderrechte von Konzernen in Handels- und Investitionsabkommen (301.500 Unterzeichner/innen innerhalb von zwei Wochen) erfahren enorme Unterstützung (8). Wer also sagt, dass sich Menschen in Deutschland, Europa und der Welt nicht politisch interessieren und für Demokratie, Umweltschutz, Nachhaltigkeit und ein gerechtes Miteinander nicht kämpfen wollen, der guckt einfach nicht hin oder bewusst weg.

## **Ja, wir haben eine Verantwortung – und die nehmen viele Menschen ernst**

Natürlich ist Clickivism und Demonstrieren nicht alles. Und natürlich haben wir Menschen in den Industrieländern eine besondere Verantwortung für die Welt. Wir leben seit Generationen auf Pump, gestützt von jahrhundertelanger Ausbeutung. Hier muss sich etwas ändern – jetzt! Und jede/r von uns hat eine Verantwortung. Dazu gehört, sein Konsumverhalten zu überdenken, sei es beim Kauf von Elektronik, bei der Ernährung (ja, Fleisch ist ein riesen Klimatreiber!) oder der Urlaubsreise (Fliegen geht eben nicht jedes Jahr) und vielen anderen Dingen. Wir alle müssen unseren Lebensstil überdenken – auch im Sinne dessen, was in den SDGs steht. Aber auch einfach im Sinne einer gerechten Welt, eines gesunden Planeten und eines menschenwürdigen Miteinanders. Doch wer predigt, dass wir vor allem mit Konsumveränderung die Welt verbessern, der oder die macht es sich zu einfach. So funktionieren globale Absatzmärkte nicht, so funktioniert Werbung und Marketing nicht, so funktioniert Wirtschaftsförderung nicht.

Ein Element von nachhaltigen und gerechten Gesellschaften ist Mitmenschlichkeit und Engagement. Viele Menschen tun dies bereits. Der Zweite Engagementbericht der Bundesregierung zeigt, dass sich 45% der Menschen in Deutschland ehrenamtlich engagieren (9). Diese Bereitschaft für zivilgesellschaftliches Engagement ist insbesondere durch die vielfältige Unterstützung von Geflüchteten seit 2015 sichtbar geworden. Studien zeigen hier übrigens auch, dass fast die Hälfte der Muslime in Deutschland sich in der Flüchtlingshilfe engagiert – verglichen mit 21 Prozent der Christen und 17 Prozent der Konfessionslosen (10).

## Menschen engagieren sich überall und vielseitig

Der letzte Schattenbericht eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses, der die Umsetzung der SDGs in und durch Deutschland kontrovers diskutiert, stand 2018 ganz im Zeichen eben dieses Engagements. Er zeigte auf: in allen SDG-relevanten Bereichen gibt es weltweit und in Deutschland Menschen, die sich für eine bessere, nachhaltige Welt einsetzen – oft gegen politische und ökonomische Widerstände. Die im Bericht ausgewählten Beispiele umfassen Streetware-Projekte gegen Jugendarmut, Ernährungsräte, Aktionen gegen Menstruationsarmut, Bürgerenergieprojekte, Fahrradvolksentscheide, alternative Mietpolitiken, Meeresschutzprojekte von Küstengemeinschaften und faire Investitionsfonds (11).

Nur wenige dieser Projekte stellten die Umsetzung der SDGs klar in den Vordergrund oder waren mit diesen vertraut. Nichtsdestotrotz tragen alle – und hunderttausende anderer Initiativen – aktiv zur Nachhaltigkeit bei. Was Engagierte dafür brauchen ist erstens eine Stärkung ihrer Arbeit (im Gegensatz zu den derzeit häufigen kurzfristigen Laufzeiten von Projekten und einem hohen bürokratischen Aufwand); zweitens Anerkennung; drittens Schutz (z.B. vor Übergriffen oder Anfeindung) und viertens Ressourcen (vor allem auch finanzieller Natur) (12). Was sie nicht brauchen, sind von oben angeordnete paternalistische Bildungs- und Kommunikationsprogramme, die ihnen sagen, dass man gemeinsam die Welt verändern kann, wenn man nur will. Wir retten die Welt nicht mit nachhaltigem Konsum und auch nicht nur im Ehrenamt oder mit unterfinanzierten Nachhaltigkeitsprojekten, sondern mit einer Politik, die Nachhaltigkeit fördert und umsetzt.

## Deutschland ist nicht nachhaltig – weil die Politik nicht nachhaltig ist

Doch an vielen Stellen in der Bundespolitik und auf Ebene der Europäischen Union ist genau das Gegenteil der Fall: Viele der Initiativen und Demos sowie die Arbeit zahlreicher Nichtregierungsorganisationen zeigen, dass die dort beschlossene Politik gegen das Nachhaltigkeitsprinzip verstößt, obwohl Menschen dessen Einhaltung einfordern.

Ein Beispiel ist die Ernährung. Die Ablehnung von Massentierhaltung, von tierquälerischen Haltungsmethoden, massiven Futtermittelimporten und Gentechnik nimmt zu. Mit Sorge wird das Höfesterben auf dem Land beobachtet, ebenso wie das Verschwinden der Bienen. Darüber hinaus besteht wachsendes Interesse der Verbraucher/innen daran, was an unnötigen Zusatzstoffen in Nahrungsmitteln steckt und zugleich steigen die Umsatzzahlen von Bio- und Fair Trade-Produkten. All diese Themen bewegen die Menschen und bringen sie dazu, zu Zehntausenden auf die Straße zu gehen, Petitionen zu verfassen und zu unterzeichnen sowie kommunale Ernährung selbst in die Hand zu nehmen.

Und doch bleibt die politische Veränderung aus. Noch immer bekommt beispielsweise ein Prozent der Betriebe in Deutschland etwa zwanzig Prozent der Subventionen – und das ohne größere ökologische Auflagen (13). Jedes Jahr werden in Deutschland 20 Mio. Ferkel ohne Betäubung kastriert, Ende 2018 wurde beschlossen, dies für weitere zwei Jahre zu genehmigen. 2017 verlängerte die EU die Zulassung für das umstrittene Pestizid Glyphosat um fünf Jahre, obwohl es als Gefahr für den Insektenbestand gilt. Die Liste der nachhaltigkeitsfeindlichen politischen Entscheidungen alleine im Agrarsektor ließe sich lange weiterführen.

## Die SDGs sind in erster Linie eine staatliche Agenda

Mietenexplosion, marode Infrastruktur, zu geringe Investitionen in Schulen und Krankenhäuser, fehlender Nahverkehr und Fahrradwege, Steuerschlupflöcher für Reiche, steigende Kinderarmutzzahlen, Obdachlosigkeit, zunehmender Verpackungsmüll, Großelektrogeräte, die kurz nach der Garantiezeit kaputtgehen – jede/r von uns kann sofort Dinge nennen, die dem Konzept der Nachhaltigkeit konträr gegenüberstehen, aber durch das Individuum bzw. Einzelpersonen nicht gelöst werden können. Sondern bei denen die Verantwortung und Entscheidungshoheit eindeutig beim Staat liegt.

Genau diese Dinge stehen auch in den SDGs, formuliert als Aufgabe von Staaten für Staaten. Denn genau das ist die 2030-Agenda: von Staaten verhandelt, von Staaten verabschiedet. Slogans wie »Den Wandel gemeinsam gestalten« wälzen daher die Verantwortung, die sich Regierungen der Welt gegenseitig gegeben haben, auf uns ab. Und verwaschen damit die Komplexität dessen, was in den Zielen steht.

Hinzu kommt, dass durch staatliche Akteure das Konzept der Nachhaltigkeit mehr und mehr ausgehöhlt wird. Erst im Januar diesen Jahres bewarb die Bundesregierung in ihrem Newsletter zu Nachhaltigkeit das Förderprogramm MARITIME.value, mit dem 215 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, »um die maritime Branche bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zu unterstützen: Die Mobilitätswende und die Senkung der Luftschadstoffe und Treibhausgase, [...] sowie die Gestaltung der umweltfreundlichen nachhaltigen Nutzung von Ressourcen aus dem Meer« (14). Dahinter verbirgt sich unter anderen die Förderung von Technologieentwicklung zum Abbau von mineralischen Rohstoffen aus der Tiefsee. Zahlreiche wissenschaftliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Verbände warnen vor den gravierenden Auswirkungen auf die Meeresökologie, und zwangsläufig auch auf den Menschen, sollte diese zerstörerische Form des Bergbaus tatsächlich beginnen (15). In der Beschreibung des Förderprogramms im Newsletter taucht davon allerdings nichts auf. Wirtschaftsförderung versteckt als Nachhaltigkeitspolitik.

## Unternehmen nutzen die SDGs – und sind dabei oft nicht wirklich nachhaltig

An einigen Stellen gibt es tatsächlich auch im Wirtschaftssektor Bewegung. Zunehmend werden privatwirtschaftliche Akteure durch Regierung und UN in die Pflicht genommen, ebenfalls zur Umsetzung der SDGs beizutragen. Dies kann eine sinnvolle Einbindung von wichtigen gesellschaftlichen Akteuren in die Nachhaltigkeitspolitik sein – so sie denn wirklich auf konkrete Umsetzung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards abzielt. Natürlich ist es gut, nachhaltige Produktionsweisen zu fördern ebenso wie alternative Unternehmensformen. Eine bunte Innenstadt mit vielen inhabergeführten Geschäften, sichere und menschenwürdige Arbeitsplätze, langlebige und das Leben verschönernde Produkte – auch das ist Nachhaltigkeit.

Was derzeit aber darüber hinaus zu beobachten ist, ist die strukturelle Einbindung vor allem transnationaler Konzerne in die staatlichen und internationalen SDG-Umsetzungsprozesse, die wiederum zu einer extremen Verwässerung der eigentlichen Bedeutung der Ziele beitragen. Eine Studie der Consulting Firma KPMG zeigte 2017, dass bereits 4 von 10 der größten Firmen der Welt die SDGs in ihren Nachhaltigkeitsstrategien anführten. Gleichzeitig bleibt die Größenordnung, die Intention und Wirkung des Engagements von Unternehmen für die

SDGs oft vage und kaum messbar. Fallstudien und unterstützende Literatur zeigen, dass sich häufig ein Großteil des unternehmerischen Engagements für SDGs auf PR-Strategien konzentriert. In vielen Fällen stecken dahinter nur zusätzliche, vom Hauptgeschäft abgekapselte Projekte, anstatt eine Veränderung der Unternehmensstrategie an sich. Ohne unabhängige und umfassende Evaluierung des SDG-Engagements von Unternehmen kann man sich also der tatsächlichen Wirkung für die Nachhaltigkeit nicht sicher sein (16). Die Nutzung der SDGs ist besonders dann problematisch, wenn es sich um inhärent unnachhaltige Sektoren wie die industrielle Landwirtschaft, fossile Industrie oder Tabakkonzerne handelt.

## Regierungen sind in der Pflicht uns ein Leben in Gerechtigkeit auf einem gesunden Planeten zu ermöglichen!

Wenn wir als Gesellschaft für den Planeten, Tiere und Pflanzen sowie gegenwärtige und zukünftige Gesellschaften ein gerechtes, lebenswertes und gesundes Leben ermöglichen wollen, dann müssen wir den Druck auf Regierungen erhöhen. Menschen sind überall in der Lage, eine lebenswerte und gerechte Umwelt für sich und andere zu definieren, wenn man sie lässt, unterstützt und fördert. Dafür ist es egal, ob alle die SDGs kennen oder nicht.

Die Kraft und Bedeutung der SDGs liegt nicht in der Mobilisierung von Engagement. Die Ziele können uns helfen zu erkennen, dass Bewegung im Kleinen Teil von etwas Großem sein kann. Dass es Lösungen für die vielen Herausforderungen auf der Welt gibt. Dass wir nicht alleine sind. Aber vor allem zeigen uns die SDGs, was die weltweite Staatengemeinschaft uns als Menschen auf diesem Planeten versprochen hat: was möglich wäre und was derzeit einfach nicht gemacht wird.

Wir müssen uns dagegen wehren, vereinnahmt zu werden von einer Vereinfachung politischer Entscheidungen. Wir müssen aufklären und anklagen, wenn Politik gegen die SDGs läuft oder deren Stempel auf etwas gedrückt wird, was ihnen eigentlich entgegenläuft. Wir müssen uns kritisch mit den Zielen auseinandersetzen, und deren Widersprüche und Probleme stetig bewusst halten.

Das alles aufzuzeigen ist der Hebel, den die SDGs uns geben – hierfür müssen wir kontinuierlich in Solidarität miteinander Druck auf unsere Regierungen ausüben. Wir wollen Nachhaltigkeit – es ist an den Regierungen, uns diese auch zu ermöglichen.

### Anmerkungen

(1) Siehe zb. <https://sdgactioncampaign.org/>

(2) [https://www.deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Berichte/2018/Einstellungen\\_EZ\\_web\\_links.pdf](https://www.deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Berichte/2018/Einstellungen_EZ_web_links.pdf)

(3) <https://www.dieglorreichen17.de/index.html>

- (4) <https://weact.campact.de/petitions/recht-auf-reparatur>
- (5) [https://aktion.campact.de/verkehr/appell/teilnehmen?pk\\_vid=2666a8fdb4c341971549465295c83612](https://aktion.campact.de/verkehr/appell/teilnehmen?pk_vid=2666a8fdb4c341971549465295c83612)
- (6) [https://secure.avaaz.org/campaign/de/colombiaamazon\\_loc/?fpbr](https://secure.avaaz.org/campaign/de/colombiaamazon_loc/?fpbr)
- (7) <https://www.change.org/p/olafscholz-cumex-ich-will-meine-steuern-zur%C3%BCck>
- (8) <https://www.gerechter-welthandel.org/menschenrechte-schuetzen-konzernklagen-stoppen/>
- (9) <https://www.bmfsfj.de/blob/115588/53875422c913358b78f183996cb43eaf/zweiter-engagementbericht-2016--engagementmonitor-2016-data.pdf>
- (10) <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2017/maerz/fast-die-haelfte-der-muslime-engagiert-sich-in-der-fluechtlingshilfe/>
- (11) <https://www.2030report.de/de/bericht/1774/kapitel/so-geht-nachhaltigkeit>
- (12) [https://www.2030report.de/de/bericht/1400/kapitel/menschenrechte-und-engagement-als-antworten-auf-den-rechtspopulismus#footnote23\\_d6kywd1](https://www.2030report.de/de/bericht/1400/kapitel/menschenrechte-und-engagement-als-antworten-auf-den-rechtspopulismus#footnote23_d6kywd1)
- (13) <https://www.meine-landwirtschaft.de/informieren/aktuelles/detail/news/60-milliarden-euro-fuer-eine-menschen-tier-und-klimafreundliche-eu-agrarpolitik/?L=0&cHash=94e4a5145c2613edo16229afb8633eae>
- (14) <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190117-bmwi-stellt-neuen-forschungsschwerpunkt-maritime-value-vor.html>
- (15) <https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2018/05/Positionspapier-Tiefseebergbau-25042018.pdf>
- (16) <https://www.forumue.de/vereinnahmung-oder-echte-transformation-der-privatsektor-und-die-sustainable-development-goals/>

## Autorin

**Marie-Luise Abshagen** arbeitet beim Forum Umwelt und Entwicklung als Referentin für nachhaltige Entwicklung. Sie hat einen Master of Arts in Ostasienwissenschaften und Politikwissenschaften, hat in Leipzig, Tübingen und Taipeh studiert und in den USA, Südkorea, China und Taiwan gelebt. Schon seit vielen Jahren engagiert sie sich für Menschenrechte und die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung.

## Kontakt

Forum Umwelt & Entwicklung  
Marie-Luise Abshagen

---

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Tel.: 0 30 / 678 1775 910

Fax: 0 30 / 678 1775 80

E-Mail: [abshagen@forumue.de](mailto:abshagen@forumue.de)

Web: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

## Redaktion

---

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)